

Information und Diskussion zum Thema:

Überwachung – Berufsverbote – Angriff auf die Demokratie

2022 jährt sich zum 50. Mal der von den Ministerpräsidenten der Bundesländer unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt verabschiedete sog. Radikalenerlass. Er führte zu einer jahrzehntelangen Verfolgung Andersdenkender, zu Berufsverboten vor allem für linke und systemkritische Oppositionelle und wirkt bis zum heutigen Tage nach. Die Praxis der Berufsverbote wurde bereits 1987 von der Internationalen Arbeitsorganisation für rechtswidrig erklärt, und auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte stellte 1995 fest, dass sie gegen elementare Grund- und Menschenrechte verstößt. Noch immer sind die Berufsverbote jedoch nicht endgültig aufgehoben, in Bayern werden sie bis um heutigen Tag noch angewendet.

Im 50. Jahr nach der Verabschiedung des sog. Radikalenerlasses hat kürzlich sogar die Landesregierung von Brandenburg seine Neuauflage beschlossen; auf Bundesebene und in weiteren Bundesländern gibt es ähnliche Pläne. Wieder erhält der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ durch eine Regelanfrage die Deutungshoheit über die Verfassungstreue von Bewerber:innen für den Öffentlichen Dienst.

Der „Verfassungsschutz“ unterliegt nahezu keiner wirklichen demokratischen Kontrolle. Neun von insgesamt dreizehn ehemaligen Präsidenten mussten ihr Amt wegen politischer Skandale oder Pannen bisher vorzeitig aufgeben, zuletzt der rechtslastige Hans-Georg Maaßen. Seit vielen Jahren wurde diese Behörde jedoch aufgebläht zu einem gigantischen Überwachungs- und Bespitzelungsapparat und mit umfangreichen Kompetenzen versehen.

Gleichzeitig wird mit neuen Polizei- und Versammlungsgesetzen vielfach eine Polizeipraxis unterstützt, die bisher vor den Gerichten kaum Bestand hatte. Der Datenschutz, aber auch die demokratischen Grundrechte aller Bürger:innen bleiben in unserer Gesellschaft zunehmend auf der Strecke – eine äußerst bedenkliche Entwicklung!



● Die Ausstellung „Vergessene“ Geschichte: **BERUFSVERBOTE - Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland** wird (begleitend) vom 26.09. bis 31.10.22 in den ver.di-Höfen, Gosseriede 10, gezeigt. Eintritt frei!

50 Jahre „Radikalenerlass“: Das Unrecht geht weiter! Darüber wollen wir informieren und diskutieren.

Mit:

Martina Dierßen, Rechtsanwältin, Leiterin der Rechtsabteilung und Justitiarin beim ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen; Mitautorin der Standardwerke „Bundespersönlichkeitsgesetz“ und „Niedersächsisches Persönlichkeitsgesetz“.

Sebastian Friedrich, Sozialwissenschaftler, Journalist, Fernseh- und Rundfunkautor (ARD-Magazin Panorama, Der Freitag, NDR Kultur, taz, Zapp etc.); Civis – Europäischer Medienpreis für Integration; Katholischer Medienpreis; rechtswidrig wurde ihm 2017 vom Bundespresseamt während des G20-Gipfels in Hamburg die Akkreditierung entzogen.



Mittwoch, den 12. Oktober 2022, um 19 Uhr,
Veranstaltungszentrum Rotation in den ver.di-Höfen,
Gosseriede 10, 30159 Hannover

Niedersächsische Initiative gegen Berufsverbote

In Kooperation mit:



Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Region Hannover

